

KONJUNKTURSCHLAGLICHT

KONJUNKTURPROGNOSE 2002

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die bereits vorher schwach tendierende Weltwirtschaft in eine ernste Konjunkturkrise gebracht. Die amerikanische Wirtschaft befindet sich nun in einer Rezession. Dies strahlt auf die übrigen Regionen der Weltwirtschaft aus. Die von Unsicherheiten und Ängsten geprägten Erwartungen von Investoren und Verbrauchern werden erst dann ihren konjunkturdämpfenden Einfluss verlieren, wenn die Gefahr terroristischer Anschläge glaubhaft gebannt ist. Bis dahin bleibt der weltwirtschaftliche Konjunkturtrend nur schwer prognostizierbar. Deutschland wird als strukturell wachstumsschwache Volkswirtschaft von den weltwirtschaftlichen Schocks stärker getroffen als andere. So liegt die Bundesrepublik in diesem wie im kommenden Jahr am Ende des europäischen Wachstums-Rankings. Im zweiten Halbjahr 2001 stagniert hierzulande die gesamtwirtschaftliche Produktion. Für den Jahresdurchschnitt errechnet sich ein Wirtschaftswachstum von $\frac{3}{4}$ Prozent. Im kommenden Jahr könnte ein 1-Prozent-Plus erreicht werden, sofern sich bereits im ersten Quartal 2002 Aufschwungskräfte durchsetzen. In diesem Fall wird die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des kommenden Jahres um 75.000 sinken und die Zahl der Arbeitslosen um rund 100.000 auf knapp 4 Millionen ansteigen. Diese Prognose wird unwahrscheinlich, falls der Anti-Terror-Krieg bis dahin keine überzeugenden Erfolge zeigt. Verzögert sich der Aufschwung auf das Frühjahr 2002, müsste die Wachstumsprognose auf $\frac{1}{2}$ Prozent reduziert werden. Kommt die Konjunkturwende erst zur Jahresmitte, wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im kommenden Jahr stagnieren. In diesem ungünstigsten Szenario könnte die Zahl der Arbeitslosen auf bis zu 4,5 Millionen ansteigen.

iw-trends

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben weltwirtschaftlich schwerwiegende Konsequenzen. Die für dieses Jahr ohnehin erwartete Konjunkturdelle wird tiefer ausfallen als bislang prognostiziert, die konjunkturelle Wende wird sich verzögern. Bedenklich stimmt, dass dieser externe Schock die Weltwirtschaft in einer ohnehin labilen Konjunkturphase getroffen hat:

Labile Weltwirtschaft

- Nordamerika stand unter dem Einfluss der zuletzt in Stagnationsnähe verlaufenden US-Konjunktur.

- In Westeuropa geriet der lebhafteste Aufschwung des Jahres 2000 unter dem doppelten Druck des abflauenden Welthandels und der inflationsgedämpften Inlandsnachfrage.
- Die reformdefizitäre Wirtschaft Japans ging 2001 erneut auf Rezessionskurs.
- Die asiatischen Schwellenländer ließen sich während der Wachstumsdynamik des Jahres 2000 von notwendigen Strukturreformen ablenken. 2001 zeigte sich dann, wie anfällig sie immer noch gegenüber Schwankungen der Weltkonjunktur sind.
- Die Reformländer Mittel- und Osteuropas konnten den Wachstumsrekord des Jahres 2000 nicht halten. Vor allem Russland, Polen und die baltischen Staaten mussten im Verlauf des Jahres 2001 ihre Wachstumsziele deutlich nach unten revidieren.

Synchroner Abschwung

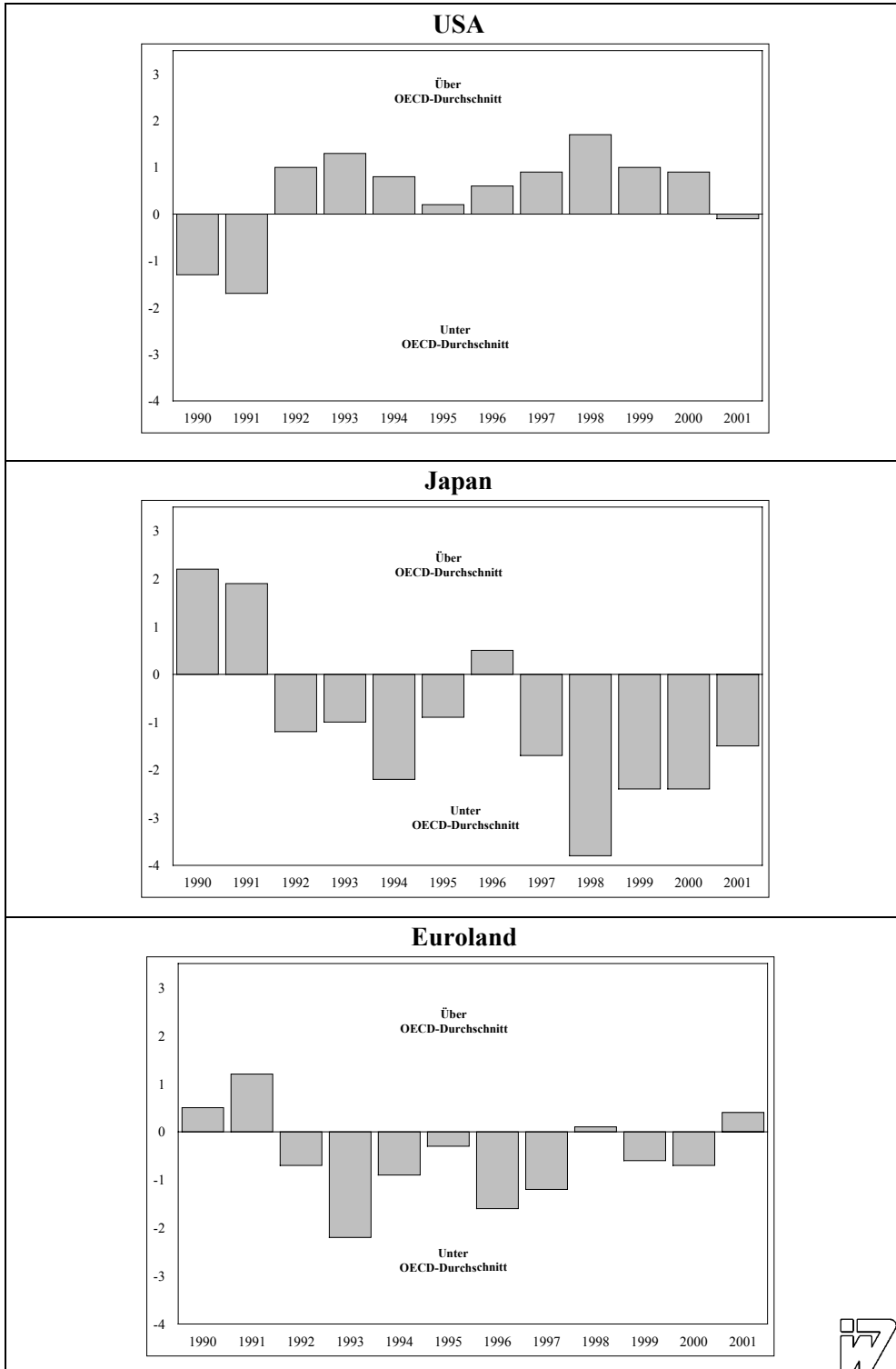
Die internationale Konjunkturschaukel, die in den 90er-Jahren reibungslos funktioniert hat, geriet zu Beginn des laufenden Jahrzehnts ins Schlingern: In den frühen 90er-Jahren schleppten Japan und Westeuropa die seinerzeit rezessive US-Wirtschaft an. Ab 1992 übernahmen dann die USA die Funktion der Welt-Konjunkturlokomotive. Als die USA dann ab Mitte 2000 einen langsameren Konjunkturtakt anschlügen, hoffte man auf zunehmende Dynamik in Europa. Diese Hoffnung hat getrogen, vielmehr tendieren nun seit Mitte 2000 alle drei Wirtschaftsregionen konjunkturell schwach.

Diese Situation ist durch die Terrorattacke noch verschärft worden. In allen drei hier beobachteten Wirtschaftsregionen wird das Wirtschaftswachstum langsamer tendieren als bislang erwartet. Mit einem Zuwachs des realen BIP von rund 1 Prozent werden die USA das OECD-Durchschnittswachstum in diesem Jahr leicht unterschreiten. Japan liegt mit einem Rückgang des realen BIP um 0,5 Prozent deutlich unter dem OECD-Wert. Euroland kann mit einem BIP-Zuwachs von 1,5 Prozent den OECD-Durchschnitt leicht überschreiten, doch keineswegs in dem Ausmaß, das notwendig wäre, um ein konjunkturelles Gegengewicht für die beiden anderen Regionen zu schaffen (Schaubild 1).

Schaubild 1:

Die internationale Konjunkturschaukel

- Abstand zu den durchschnittlichen OECD-Wachstumsraten in Prozentpunkten -



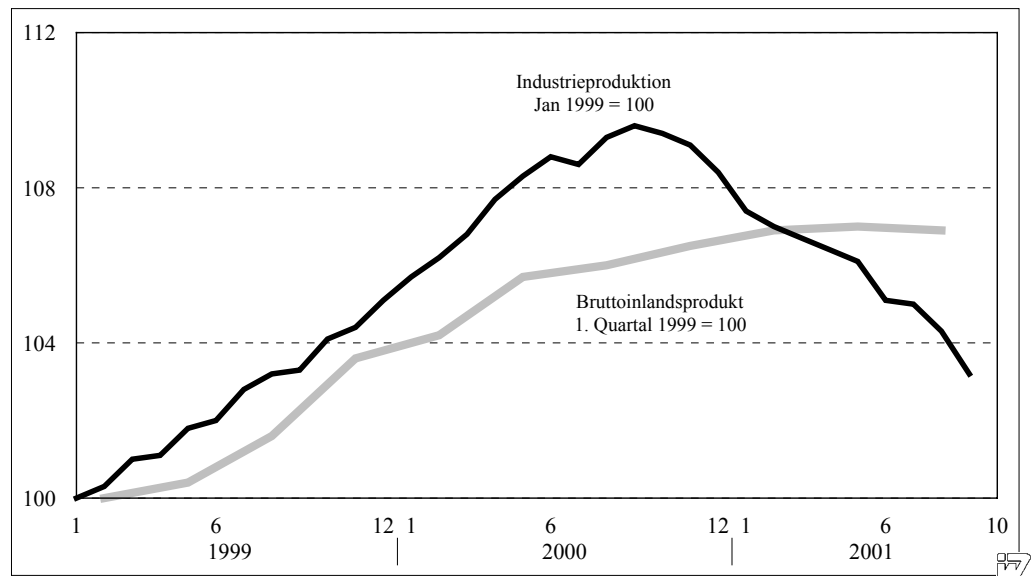
Quelle: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Die Konstellation, dass alle drei dominanten Wirtschaftsregionen gleichzeitig konjunkturell schwach tendieren, gab es zuletzt in der ersten Ölpreiskrise zur Mitte der 70er-Jahre, die in eine weltweite Rezession mündete. Für die konjunkturellen Folgen der Terroranschläge ist dies kein gutes Omen.

Schaubild 2:

USA: Produktionstrends

- Saisonbereinigter Verlauf -



Quelle: Federal Reserve Board; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

US-Abschwung seit Mitte 2000

Das amerikanische Wirtschaftswachstum schwenkte bereits im Frühsommer 2000 auf ein deutlich verlangsamtes Tempo ein (Schaubild 2): Von Anfang 1998 bis Mitte 2000 expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch mit einer Jahresrate von reichlich 4 Prozent, seitdem wird ein annualisierter Zuwachs von nur noch knapp 1 Prozent gemessen. Im dritten Quartal 2001 ist sogar erstmals seit Anfang 1993 ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion gemessen worden. Zu dieser merklichen konjunkturellen Abkühlung haben mehrere Faktoren beigetragen:

- Die ab Frühjahr 1999 zunehmend restriktive Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank hinterließ ab Frühjahr 2000 auf der realwirtschaftlichen Ebene deutliche Spuren.
- Die vor allem während der späten 90er-Jahre steil aufwärts gerichteten Investitionen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik

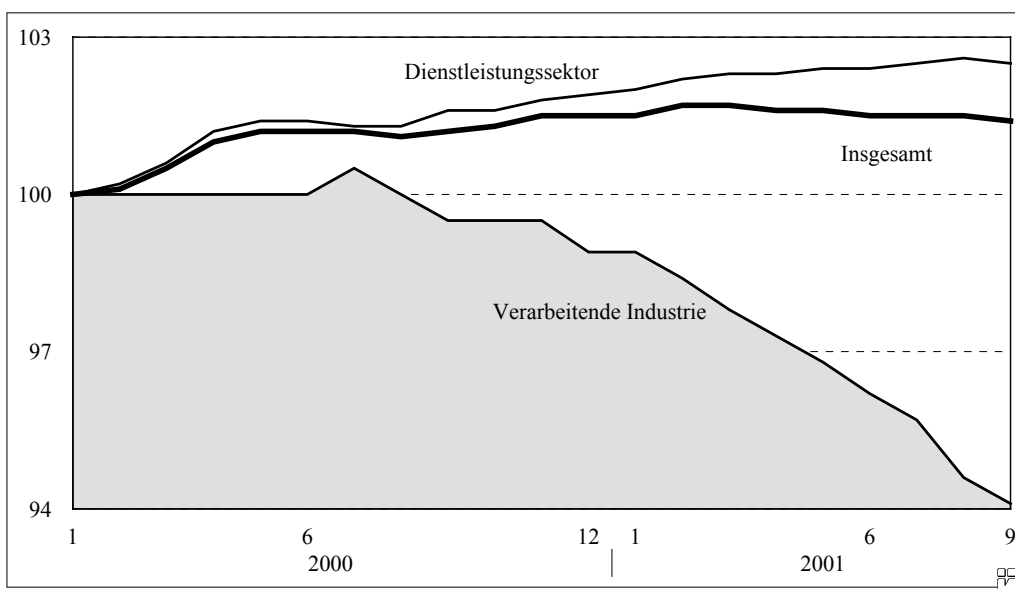
(IuK) haben den akuten Ausstattungsbedarf mit diesen Produkten gedeckt. Zumal vor dem Hintergrund der bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 erkennbaren Konjunkturabkühlung waren die verfügbaren IuK-Kapazitäten mehr als ausreichend. Damit flachten ab Mitte des Jahres 2000 Nachfrage, Produktion und internationaler Handel in diesem Technologiespektrum deutlich ab.

- Die im Laufe des Jahres 2000 steil steigenden Preise auf den Welt-Erdölmärkten verminderte die für die heimische Produktion verfügbare Kaufkraft.
- Die rapide gesunkenen Aktienkurse verschlechterten den Vermögensstatus von Investoren und Verbrauchern. Dies hatte Rückwirkungen auf deren Kreditspielraum und damit auch auf das Kaufkraft- und Investitionspotenzial.

Schaubild 3:

USA: Beschäftigung

- Saisonbereinigter Index, Januar 2000 = 100 -



Quelle: U.S. Department of Labor; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Die konjunkturelle Abkühlung der amerikanischen Konjunktur bekam entscheidende Impulse vom Verarbeitenden Gewerbe. In diesem Wirtschaftssektor sind bereits seit Sommer 2000 rezessive Tendenzen zu beobachten. Der Dienstleistungssektor lieferte dagegen bis zum September 2001 weiter-

Gespaltene Konjunktur

hin positive Wachstumsimpulse. Dieses Bild einer sektoral gespaltenen Konjunktur lässt sich auch an den Beschäftigungstrends ablesen: Seit dem Beschäftigungshöhepunkt im Juli 2000 wurden bis einschließlich September 2001 im Verarbeitenden Gewerbe saisonbereinigt rund 1,2 Millionen Arbeitsplätze abgebaut. Im Dienstleistungssektor blieb dagegen der Beschäftigungspfad bis August 2001 aufwärts gerichtet. Erst im September kam es hier zu einem leichten Beschäftigungsabbau (Schaubild 3).

Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 waren somit für die amerikanische Konjunktur folgende Befunde gültig:

- Das Verarbeitende Gewerbe ist offenbar für die amerikanische Wirtschaft ebenso konjunktureller Taktgeber wie für die meisten europäischen Industrieländer (Beyfuß/Grömling, 1999).
- Die positiven Beschäftigungseffekte des Dienstleistungssektors reichten bis zum September 2001 aus, um die negativen Impulse der Industrie aufzufangen. Jedenfalls ist auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die Beschäftigung trotz deutlich abgeschwächter Wachstumsdynamik bislang stabil geblieben.

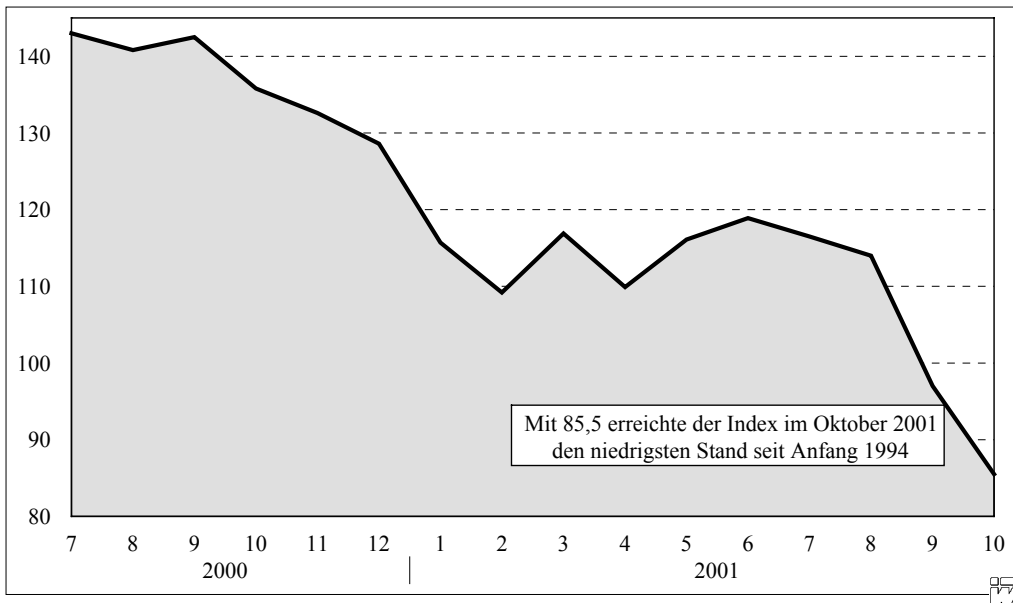
*Verändertes
Konjunkturprofil*

Bis zum Sommer 2001 wurde allgemein erwartet, dass es sich bei der amerikanischen Konjunkturabkühlung um ein kurzes und im Wesentlichen auf die Verarbeitende Industrie konzentriertes Phänomen handeln würde. Überdies wurden die Beschäftigungseffekte dieses kurzfristigen Einbruchs als relativ gering veranschlagt. Deshalb konnte man davon ausgehen, dass der private Verbrauch, auf den etwa zwei Drittel der amerikanischen Gesamtnachfrage entfallen, nicht nachhaltig gedämpft würde. Der seit Frühjahr 2001 leicht aufwärts gerichtete Index des Verbrauchervertrauens (Schaubild 4) stützte diese Vermutung. Auch andere Frühindikatoren, wie beispielsweise der Leading Indicator des Conference Board, der Stimmungsinikator der amerikanischen Einkaufsmanager oder die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes hatten im Sommer 2001 eine untere Auffanglinie erreicht. Deshalb lag der Schluss nahe, dass bereits im Herbst 2001 eine neue konjunkturelle Aufwärtsbewegung einsetzen würde. Diese Erwartung wurde durch die seit Anfang 2001 deutlich expansive Geldpolitik und die fiskalpolitischen Impulse der ersten Stufe der Steuerreform (Entlastungsvolumen 40 Milliarden Dollar) gestützt.

Schaubild 4:

USA: Index des Verbrauchervertrauens

- 1985 = 100 -



Quelle: The Conference Board; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben diese Konjunkturerwartungen zerstört. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Schocks sind derzeit kaum einigermaßen zuverlässig zu quantifizieren. Analogieschlüsse, die sich an früheren Naturkatastrophen oder militärischen Konflikten orientieren, führen in die Irre. Denn die Hinterhältigkeit, die in den feigen Milzbrand-Attacken unübersehbar wird, entzieht sich jeglicher Kalkulierbarkeit. Zwar sind auf der Basis der unmittelbar durch die Anschläge verursachten Produktions- und Nachfrageausfälle, aus dem veränderten Freizeit- und Tourismusverhalten sowie aus dem veränderten Sicherheitsbedarf plausible Quantifizierungen möglich (Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2001). Doch die Ängste und Unsicherheiten, die das Verhalten von Investoren und Verbrauchern weltweit, doch in den USA in ganz besonderem Maße prägen, machen tragfähige Prognosen derzeit äußerst schwierig.

Steiler Abwärtsknick

Sämtliche konjunkturrelevanten Frühindikatoren zeigen jedenfalls für die Monate September und Oktober 2001 einen steilen Abwärtsknick. Beispielsweise verlor der Index des Verbrauchervertrauens, der vom Conference Board erhoben wird, in diesen beiden Monaten fast 29 Indexpunkte und erreichte mit einem Stand von 85,5 den niedrigsten Wert seit Anfang 1994.

Der Verlauf der Frühindikatoren spricht eindeutig dagegen, dass bereits in diesem Jahr ein konjunktureller Wendepunkt nach oben erreicht werden wird. Wahrscheinlicher ist, dass der konjunkturelle Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Produktion durch eine sich im vierten Quartal 2001 fortsetzende Rezession und durch einen zunächst zögerlichen Aufschwung zu Beginn des Jahres 2002 abgesteckt wird. Im zweiten Quartal 2002 könnte der Aufschwung dann größere Dynamik bekommen, weil das inzwischen beschlossene fiskalpolitische Konjunkturprogramm mit einem Gesamtvolumen von 120 Milliarden US-Dollar (1,2 Prozent des BIP) und die deutlich expansive Geldpolitik konjunkturelle Wirkung zeigen dürfte.

Außerdem ist in Rechnung zu stellen, dass die Aufräum- und Wiederaufbauarbeiten sowie die steigende Nachfrage nach Sicherheitseinrichtungen und Sicherheitspersonal konjunkturstützend wirken. Unter den weiteren Prämissen, dass der Rohölpreis im kommenden Jahr zwischen 20 und 25 Dollar je Barrel pendeln wird und dass es zu keiner nennenswerten Abwertung des Dollars kommt, könnte das reale BIP in den USA von Anfang bis Ende des kommenden Jahres um reichlich 2,5 Prozent zulegen. Wegen des statistischen Unterhangs von 0,3 Prozent errechnet sich daraus für den Jahresdurchschnitt 2002 lediglich ein Wirtschaftswachstum von etwa 1 Prozent, also gleich viel wie im laufenden Jahr.

Unsichere Prognose

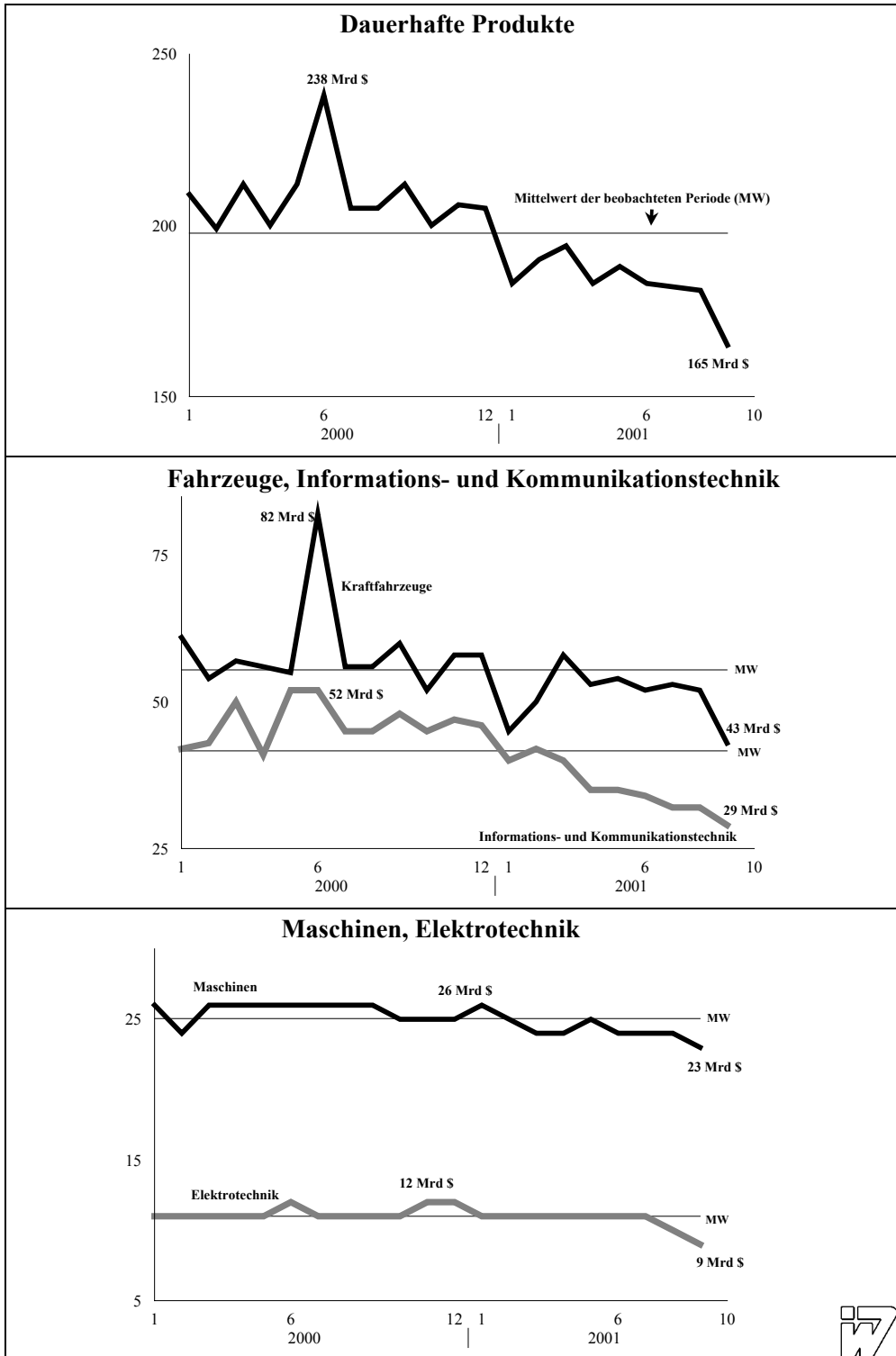
Nach Lage der Dinge muss diese Wachstumsprognose als zuversichtlich qualifiziert werden. Denn sie unterstellt, dass es keine weiteren, mit dem 11. September 2001 vergleichbaren Terroranschläge geben wird und dass sich die USA zusammen mit ihren Verbündeten rasch und glaubhaft als Garanten weltweiter Sicherheit beweisen. Denn nur dann werden Ängste und Unsicherheiten ihre derzeit konjunkturprägenden Kräfte verlieren. Diese Prämisse muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gewagt gelten. Insofern ist als skeptischeres Szenario ein späterer Beginn des Konjunkturaufschwungs keinesfalls auszuschließen:

- Wenn sich der konjunkturelle Wendepunkt um ein Quartal nach hinten verschiebt, also der Aufschwung erst im zweiten Quartal 2002 starten würde, ergäbe sich für den Durchschnitt des kommenden Jahres ein nahezu stagnierendes BIP. Tritt der Wendepunkt erst zur Mitte des kommenden Jahres ein, ergäbe sich ein leichter Rückgang des realen BIP.

Schaubild 5:

USA: Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

- Saisonbereinigte Werte und Mittelwerte der beobachteten Periode in Milliarden Dollar -



Quelle: Bureau of the Census; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Für diese skeptischere Prognose spricht, dass die rezessiven Tendenzen in der amerikanischen Industrie sich vorerst fortsetzen dürften. Dies signalisieren zumindest die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe (Schaubild 5). Demnach hat sich der bereits seit Mitte 2000 andauernde Rückgang der industriellen Nachfrage nach den Terroranschlägen deutlich verschärft. Die Schwerpunkte der industriellen Nachfrageschwäche liegen einerseits bei den Kraftfahrzeugen und andererseits im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik. In den übrigen Industriezweigen ist dagegen der konjunkturelle Abwärtstrend wesentlich schwächer ausgeprägt. Das gilt vor allem für den Maschinenbau und die Elektrotechnik.

*Größeres
Ansteckungspotenzial*

Die entscheidende, allerdings nur schwer zu beantwortende Frage lautet: In welchem Ausmaß wird sich die konjunkturelle Schwäche der amerikanischen Wirtschaft auf die übrigen Regionen der Weltwirtschaft ausbreiten? Die Vermutung liegt nahe, dass der internationale Konjunkturverbund im Zuge dynamischer Globalisierungstrends und zunehmender grenzüberschreitender Streuung der Produktionsstandorte intensiver geworden ist. Der seit Anfang der 90er-Jahre steil aufwärts gerichtete Trend der Auslandsinvestitionen ist hierfür ein Indikator.

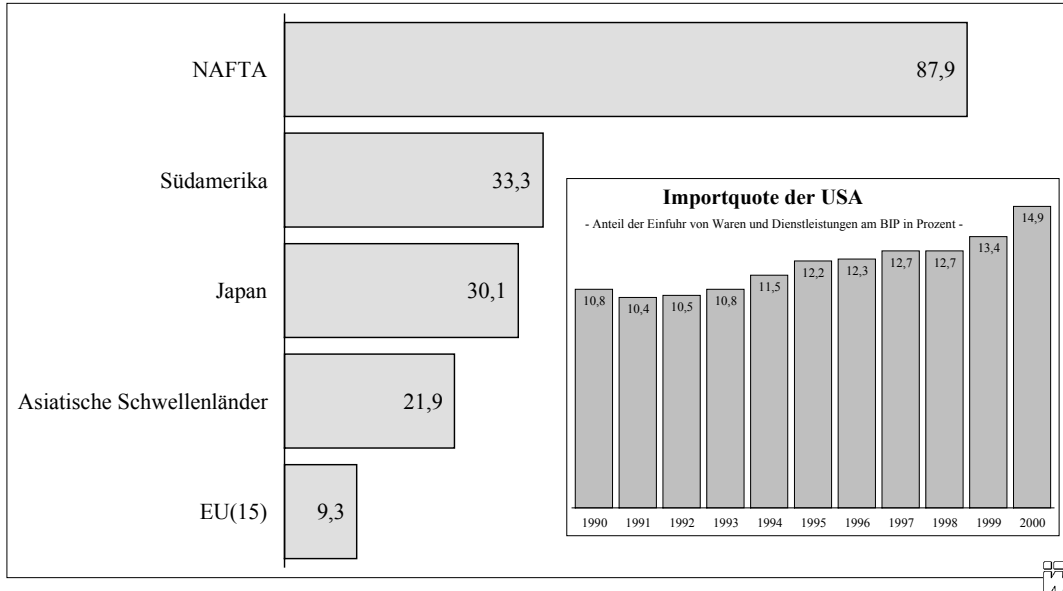
Eindeutig ist jedenfalls, dass sich das konjunkturelle Ansteckungspotenzial der USA im Laufe der 90er-Jahre erheblich vergrößert hat. Hierfür spricht zumindest die im Laufe der 90er-Jahre stetig gestiegene Importquote der amerikanischen Wirtschaft (Schaubild 6): Wurden zu Beginn der 90er-Jahre reichlich 10 Prozent der amerikanischen Gesamtnachfrage mit im Ausland produzierten Waren und Dienstleistungen gedeckt, waren es im Jahr 2000 fast 15 Prozent. Demnach werden heute ausländische Produzenten von einer konjunkturellen Nachfrageschwäche in den USA heftiger getroffen als vor zehn Jahren.

Soweit es um die Konjunkturtrends im Verarbeitenden Gewerbe geht, ist der internationale Warenhandel die entscheidende Transmissionsebene. Anders gewendet: Je intensiver die internationale Arbeitsteilung der einzelnen weltwirtschaftlichen Regionen mit den Vereinigten Staaten ist, umso größer ist die konjunkturelle Ansteckungsgefahr. Schaubild 6 zeigt, dass es hierbei erhebliche regionale Unterschiede gibt.

Schaubild 6:

Absatzmarkt USA im Jahr 2000

- Anteil der Lieferungen an die USA am Gesamtexport der jeweiligen Ländergruppe in Prozent -



Quelle: OECD; IMF, Direction of Trade Statistics; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Fast 90 Prozent der Ausfuhren der NAFTA-Partner Kanada und Mexiko gehen in die Vereinigten Staaten. Für die lateinamerikanischen Länder steht der US-Absatzmarkt für ein Drittel der Exporte. Ebenso groß ist die Abhängigkeit Japans von der US-Konjunktur. Auch bei den asiatischen Schwellenländern hat der US-Markt großes Gewicht. Dagegen fällt in Westeuropa die unmittelbar über die Handelschiene kommende Konjunkturanfälligkeit vergleichsweise gering aus.

Für die vom Handel mit den USA besonders abhängigen Nachbarländer und NAFTA-Partner Mexiko und Kanada ist somit ein ähnlicher Konjunkturverlauf zu vermuten, wie er sich für die USA abzeichnet, also Rezession in der zweiten Hälfte dieses Jahres und zögernde Erholung im kommenden Jahr. Die abwärts gerichteten Revisionen der Wachstumsprognosen für Kanada untermauern diese Einschätzung. So sind die Voraussagen für das reale BIP des kommenden Jahres innerhalb von drei Monaten von einem 3,2-Prozent-Plus auf nunmehr etwas über 1 Prozent korrigiert worden.

In Japan mussten die Hoffnungen aufgegeben werden, sich in diesem Jahr von der Stagnationslinie zu lösen, die praktisch während der gesamten 90er-Jahre den japanischen Entwicklungspfad geprägt hat. Im Gegenteil: Seit

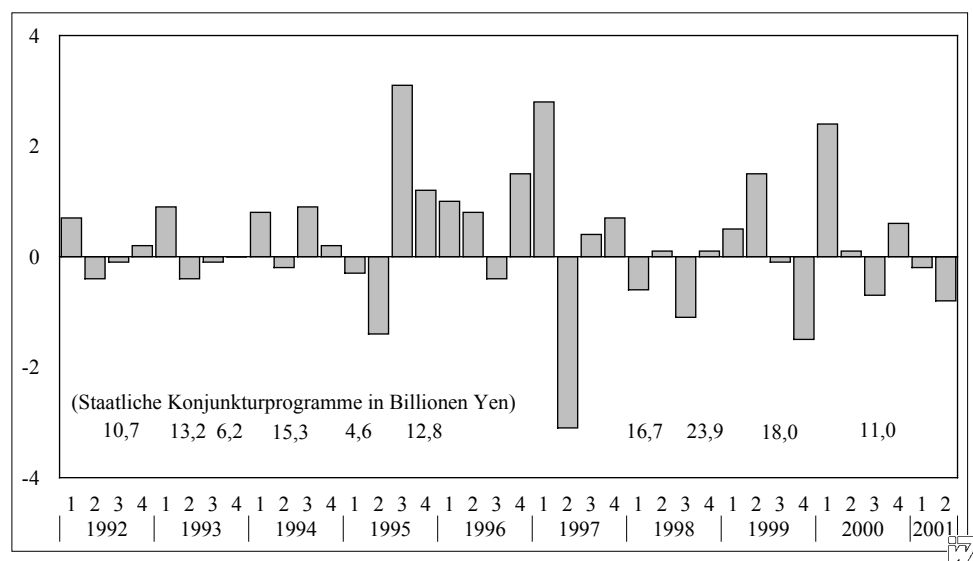
Rezession in Japan

dem Frühjahr 2001 herrscht wieder Rezession. Die Konjunkturschwäche am Hauptabsatzmarkt USA und in den ebenfalls unter starkem US-Einfluss stehenden Schwellenländern Ostasiens, der wettbewerbschädlich hohe Wechselkurs des Yen sowie die weltweit sinkende Nachfrage nach IuK-Produkten, die etwa ein Viertel des japanischen Exports ausmachen, haben zur neuereichen Konjunkturuntrübung beigetragen.

Schaubild 7:

Japans Konjunkturprofil der 90er-Jahre

- Reales BIP, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent -



Quelle: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Im Übrigen liefert Japan einen eindrucksvollen Beleg dafür, dass keynesianische Ausgabenprogramme nicht geeignet sind, um eine strukturell geschädigte Wirtschaft auf Wachstumskurs zu bringen (Schaubild 7). Seit 1992 wurden insgesamt zehn Programme mit einem Volumen von über 130 Billionen Yen (gut 1.000 Milliarden Euro) auf den Weg gebracht. Inzwischen ist der fiskalpolitische Handlungsspielraum Japans wegen der stark angestiegenen Staatsverschuldung erschöpft. Die Geldpolitik steckt in einer Liquiditätsfalle und ist insofern wirkungslos. Die neue japanische Regierung scheint den vor allem im Bankensektor immens hohen ordnungs- und strukturpolitischen Reformdruck entschlossener anzugehen. Bleibt sie auf diesem Kurs, werden sich die mittelfristigen Wachstumsperspektiven zweifellos aufhellen, doch kurzfristig sind mit der Restrukturierung eher konjunkturdämpfende Wirkungen verbunden. Auch dies spricht dafür, dass die japanische Wirtschaft mindestens bis zur Mitte des kommenden Jahres im

Rezessionstal bleiben wird und sich anschließend nur sehr mühsam aufwärts bewegen dürfte. In jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten ausgedrückt, bedeutet dies einen Rückgang des realen BIP um 0,5 Prozent in diesem Jahr und um 0,3 Prozent im kommenden.

Die regional benachbarten asiatischen Schwellenländer stehen unter dem negativen Einfluss der gleichzeitig in den USA und in Japan rezessiven Konjunkturentwicklung. 22 Prozent der Exporte dieser Region fließen in die USA, weitere 12 Prozent nach Japan. In der Warenstruktur spielen IuK-Produkte, vor allem elektronische Halbleiter, eine wesentliche Rolle. Im Regionen-Durchschnitt macht dieses Warenspektrum reichlich ein Drittel der Ausfuhren aus. In einigen Ländern (Malaysia, Philippinen) wird sogar die 50-Prozent-Marke erreicht. Die akut schwach tendierende Nachfrage auf den Welt-Elektronikmärkten trifft diese Länder somit besonders stark. Zur Jahresmitte 2001 rechnete man, dass diese Region im kommenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von 5 Prozent erreichen würde, inzwischen gilt ein 3-Prozent-Plus als Obergrenze. In einigen Ländern, so in Hongkong, Singapur und Taiwan, wird Rezession gemessen.

*Schwellenländer
unter Druck*

Hierbei ist im Blick zu halten, dass für China ungeachtet der aktuellen konjunkturellen Turbulenzen an der 8-Prozent-Prognose festgehalten wird. Da auch die asiatische Finanzkrise von 1997/98 nur in China laut regierungsamtlicher Statistik keine nennenswerten Spuren hinterlassen hat, mehren sich inzwischen Zweifel an der Zuverlässigkeit der chinesischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

In den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas (MOE) wurden unter dem Eindruck der verschlechterten Weltwirtschaftslage und wegen der sinkenden Ölpreise, die für Russland und andere GUS-Staaten konjunkturell bedeutsam sind, die Wirtschaftserwartungen deutlich zurückgenommen. Nach dem Wirtschaftswachstum von 4 Prozent im Jahr 2000 werden dort in diesem Jahr bestenfalls 2,5 und im kommenden Jahr etwa 3 Prozent erreicht werden. Hartnäckige Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite, teilweise wieder anziehende Inflationsraten sowie wechselkursbedingt verschlechterte Wettbewerbsrelationen haben vorerst höheres konjunkturelles Gewicht als erste Bugwelleneffekte des EU-Beitritts.

*EU: vor Ansteckung
nicht gefeit*

Von den westeuropäischen Ausfuhren werden nur knapp 10 Prozent in den USA abgesetzt. Die hohe intraregionale Handelsverflechtung dieses Wirtschaftsraums könnte demnach als Schutz vor einem Überschwappen der amerikanischen Rezessionstendenzen auf Europa verstanden werden. Dies wäre aber aus mehreren Gründen zu kurz argumentiert. Zum einen verschlechtern sich, durch die USA infiziert, die Wirtschaftsperspektiven auf sämtlichen Absatzmärkten der EU. Damit sind fast 40 Prozent der Ausfuhren der 15 EU-Länder angesprochen. Zum anderen ist der über den Warenhandel direkte Infektionsweg verglichen mit dem Überschwappen der durch Ängste und Unsicherheiten geprägten Stimmungslage nur zweitrangig. Denn die schwerwiegenden Ursachen der im Herbst 2001 beschleunigten weltweiten Konjunkturalfahrt liegen auf psychologischer Ebene. Hiervor sind die westeuropäischen Volkswirtschaften trotz hoher intraregionaler Arbeitsteilung keinesfalls gefeit. Im Gegenteil: Seit 1992 lag das Wirtschaftswachstum in der EU mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrates des realen BIP von 2 Prozent um rund 1 Prozentpunkt unter dem OECD-Durchschnitt und um fast 2 Punkte unter dem Wachstumstempo der USA. Empirische Studien weisen aber nach, dass externe Schocks wachstumsschwache Volkswirtschaften härter treffen als wachstumsstarke (Beyfuß/Grömling 2001).

Dieser Zusammenhang gilt offenbar auch für das Verarbeitende Gewerbe. So ist aus Tabelle 1 ablesbar, dass in Ländern mit geringem Anstieg der Industrieproduktion die Industriekonjunktur eine hohe Schwankungsintensität aufweist und dass Volkswirtschaften mit hohen Produktionszuwächsen konjunkturresistenter sind. Italien ist ein Beispiel für die erste Konstellation, Irland eines für die zweite:

- In der zweiten Hälfte der 90er-Jahre stieg die irische Industrieproduktion zehnmals rascher als die italienische, die italienische Konjunkturvolatilität war achtmal so groß wie die irische.
- Der Zusammenhang zwischen Produktionsdynamik und konjunktureller Störanfälligkeit ist offenbar enger als der Einfluss einer hohen Exportabhängigkeit. Denn die irische Exportquote ist dreimal so hoch wie die italienische.

Tabelle 1:

Industrieindikatoren im europäischen Vergleich

	Wachstums- dynamik ¹⁾	Volatilität ²⁾	Export- gewicht ³⁾	Nachrichtlich: Gesamtwirtschaftliche Exportquote ⁴⁾
	1995-2000	1995-2000	2000	2000
Italien	1,3	896	19,9	28,4
Vereinigtes Königreich	0,8	426	17,0	27,2
Griechenland	2,3	402	-	25,8
Spanien	3,6	344	16,3	29,9
Portugal	2,8	296	18,3	31,4
Deutschland	3,6	292	27,4	33,4
Dänemark	3,4	273	21,0	42,4
Frankreich	3,3	267	18,8	28,7
Belgien	3,5	255	68,6	88,0
Schweden	4,8	255	32,9	47,4
Österreich	6,6	201	30,6	48,9
Niederlande	2,6	166	40,4	67,1
Finnland	8,2	166	32,8	42,5
Irland	15,9	115	73,1	87,5

1) Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent.

2) Abweichung von der durchschnittlichen Wachstumsrate in Prozent.

3) Anteil der Industrieexporte am BIP in Prozent.

4) Anteil der Exporte von Waren und Dienstleistungen am BIP in Prozent.

Quelle: Eurostat; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Deutschland befindet sich bei dieser Betrachtung auf einem mittleren Platz. Projiziert man diese Befunde auf die Konjunkturperspektiven für das kommende Jahr, ist zu vermuten, dass der externe Schock der Terroranschläge und seine Konsequenzen auf die Länder Westeuropas unterschiedlich durchschlagen werden. In der Tat zeigt Tabelle 2 für dieses Jahr ein EU-Wachstumsgefälle, das von 0,75 Prozent (Deutschland) bis 6,0 Prozent (Irland) reicht. Auch im kommenden Jahr bleibt Irland mit 4,5 Prozent die dynamischste Volkswirtschaft der EU und Deutschland mit 1 das Schlusslicht.

Dieses innereuropäische Wachstumsgefälle spricht gegen eine europäische Konjunkturpolitik nach uniformen Schnittmuster. In den strukturell wachstumsschwachen Volkswirtschaften, wie beispielsweise Deutschland oder Italien, sollte dem neuerlichen Konjunkturreinbruch mit einer wachstumsfördernden Finanz-, Arbeitsmarkt- und Ordnungspolitik begegnet werden. Andere Länder wie beispielsweise Finnland, Irland oder die Niederlande, die

*Keine uniforme
Konjunkturpolitik*

auf eine ausgesprochen wachstumsstarke Dekade zurückblicken, können dagegen die aktuelle Konjunkturabkühlung gelassener sehen.

Tabelle 2:

Industrieländer-Prognose 2002

- Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent -

	BIP			Verbraucherpreise ¹⁾		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Deutschland	3,0	0,75	1	2,1	2,5	1,5
Frankreich	3,2	1,9	1,7	1,8	1,9	1,5
Italien	2,9	1,7	1,5	2,6	2,8	1,9
Österreich	3,3	1,5	1,5	2,0	2,3	1,5
Belgien	4,0	1,6	1,7	2,7	2,6	1,7
Finnland	5,7	1	2	3,0	2,7	1,8
Irland	10,7	6	4,5	5,3	4,2	3,4
Niederlande	3,9	1,4	1,6	2,3	4,8	2,0
Portugal	3,3	1,8	1,8	2,8	4,3	2,7
Spanien	4,1	2,5	2,2	3,5	3,7	2,5
Griechenland	4,1	3,3	3,5	2,9	3,5	3,0
Euroland ²⁾	3,4	1,6	1,6	2,4	2,8	1,8
Vereinigtes Königreich	3,0	2	2	0,8	2,0	1,8
Schweden	3,6	1,5	1,8	1,4	2,2	1,6
Dänemark	2,9	1,2	1,7	2,8	2,6	2,0
Norwegen	2,2	1,1	1,5	3,0	3,0	2,1
Schweiz	3,4	1,8	1,4	1,6	1,2	1,4
USA	4,1	1,1	1	3,4	3,2	2,1
Japan	1,5	-0,5	-0,3	-0,7	-0,5	-0,4
Kanada	4,7	1,7	1,2	3,4	2,7	2,1
Industrieländer ²⁾	3,3	1,0	1,0	2,1	2,3	1,5

1) Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

2) Gewichte: BIP 2000.

Quelle: OECD; Prognose: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Der Preisdruck im Euro-Währungsgebiet ist im Laufe dieses Jahres deutlich geringer geworden: Im Mai 2001 wurde mit einer Teuerungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) von 3,4 Prozent ein Preisgipfel erreicht. Der merkliche Rückgang der Erdölpreise und die zwischenzeitliche Konjunkturberuhigung hat den Preisanstieg auf zuletzt 2,4 Prozent verringert. Außerdem ist das Preisgefälle innerhalb der Euro-Zone kleiner geworden. Im Oktober 2000 betrug es noch reichlich 4 Prozentpunkte, ein Jahr später waren es lediglich rund 3 Prozentpunkte. Der Verdacht ist aufgetaucht, dass die Umstellung auf den Euro zu verdeckten Preisanhebungen

verleiten könnte, beispielsweise durch Umstellungsrundungen zulasten des Verbrauchers. Gerade vor dem Hintergrund der abflauenden Konjunktur und des damit verschärften Wettbewerbs kann diese Gefahr weitgehend ausgeschlossen werden.

Damit hat sich der geldpolitische Handlungsspielraum in der Euro-Zone insgesamt vergrößert. Die EZB kann diesen Handlungsspielraum nutzen, ohne ihr derzeit vorrangiges Ziel zu gefährden, also für Stabilität und Vertrauen in die Gemeinschaftswährung zu sorgen.

Auch die Vermutung, dass die Umstellung auf den Euro mit wachstumsmindernden Friktionen verbunden sein könnte, erscheint inzwischen wenig realistisch. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die mit der Umstellung notwendigen Aufwendungen und Investitionen, die vor allem bei Banken und dem Einzelhandel anfallen, letztlich positive Wachstumsimpulse auslösen. Die psychologisch hemmenden Einflüsse der Währungsumstellung, die sich möglicherweise negativ auf das Konsumklima auswirken könnten, haben ebenfalls nur geringes Gewicht und dürften nach Einführung des Euros rasch verschwinden (Grömling, 2001).

Fasst man die Wirtschaftsperspektiven der einzelnen Regionen zusammen, zeichnet sich für die Weltwirtschaft 2001/2002 eine deutlich verlangsamte Wachstumsdynamik ab. Die synchrone Konjunkturabkühlung in den drei dominanten Wirtschaftsräumen USA, Japan und Westeuropa lässt die Weltproduktion in diesen beiden Jahren jeweils nur noch um rund 1 ½ Prozent zulegen. Im Boomjahr 2000 wurde noch ein 4-Prozent-Plus registriert. Dies strahlt auch auf den globalen Warenhandel aus. Nach einem Rekordzuwachs um preisbereinigt 13 Prozent im Jahr 2000 wird das Welthandelsvolumen in diesem Jahr nur um 1,5 Prozent zulegen und im kommenden Jahr um etwa 3 Prozent.

*Welthandel in
Stagnationsnähe*

Damit ist für die exportintensive deutsche Volkswirtschaft ein entscheidendes Datum vorgegeben. Denn rund ein Drittel der heimischen Produktion und Arbeitsplätze hängen hierzulande vom Export ab.

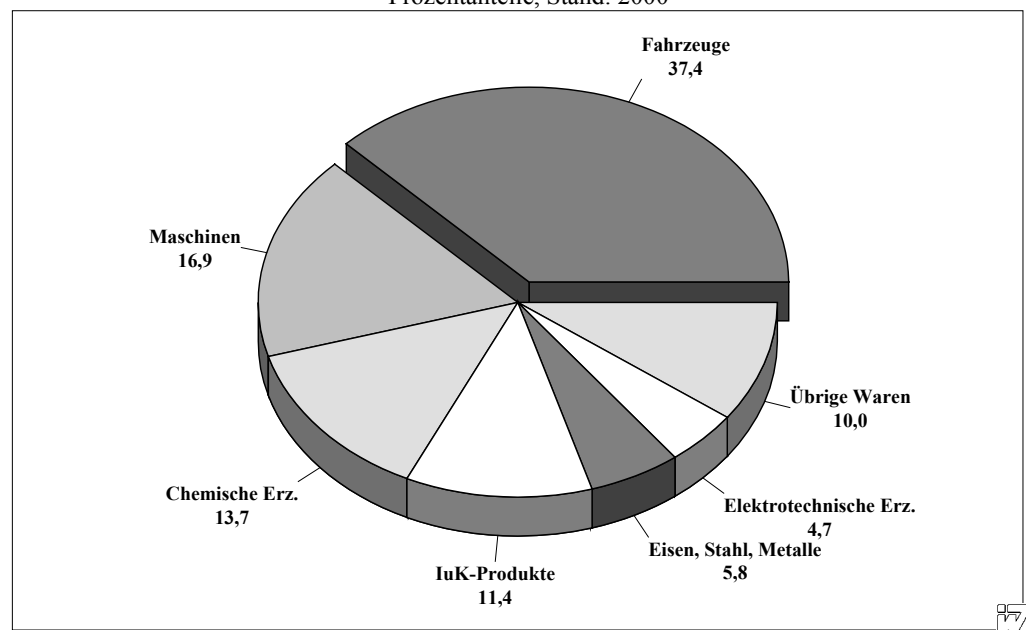
Bis einschließlich September 2001 lagen die nominalen Warenexporte noch um 10 Prozent über Vorjahresniveau. Die Ausfuhren in die USA, nahmen

mit rund 15 Prozent deutlich überdurchschnittlich zu. Bei diesen kräftigen Zuwächsen spielte die rege Nachfrage in den USA nach deutschen Automobilen eine entscheidende Rolle, denn fast 40 Prozent der deutschen Lieferungen an die USA waren im Jahr 2000 Kraftfahrzeuge (Schaubild 8). Die US-Auftragseingänge signalisieren, dass bereits vor dem 11. September 2001 die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und Maschinen rückläufig war (Schaubild 5). Die psychologischen Folgen der Terroranschläge haben die Nachfrage nach hochwertigen Automobilen und Gebrauchsgütern, aber auch nach Maschinen empfindlich gedrosselt. Das trifft vor allem für die USA, aber auch für andere wichtige Absatzmärkte zu.

Schaubild 8:

Deutscher Warenhandel mit USA

- Prozentanteile, Stand: 2000 -



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Exportstütze wankt

Dies wird sich in den kommenden Monaten in den deutschen Außenhandelszahlen mit stark abgeflachter Dynamik niederschlagen. Insgesamt werden die nominalen Ausfuhren in diesem Jahr das Vorjahresniveau noch um 6 Prozent überschreiten. Nach Abzug der Preissteigerung bleibt ein Plus von 4½ Prozent, also deutlich mehr als der Zuwachs des Welthandelsvolumens (1½ Prozent). Bei dieser vergleichsweise noch befriedigenden Exportentwicklung spielten die Wettbewerbseffekte des niedrig bewerteten Euros eine wichtige Rolle. Für das kommende Jahr ist nicht damit zu rechnen, dass durch den Wechselkurs zusätzliche Konkurrenzvorteile entstehen. Da au-

Berdem bereits in diesem Jahr die Lohnstückkosten wieder stärker als in den Vorjahren zugelegt haben, werden auch die heimischen Kostenfaktoren die deutsche Wettbewerbsposition ungünstig beeinflussen. Deswegen werden im kommenden Jahr die realen Warenexporte mit 2½ Prozent wieder langsamer zulegen als der Welthandel (plus 3 Prozent). Die deutschen Exporteure verlieren demnach Weltmarktanteile.

In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, also unter Einschluss des Außenhandels mit Dienstleistungen, werden in diesem Jahr die Einfuhren etwas langsamer zunehmen als die Exporte. Der reale Außenbeitrag fällt demnach größer aus als 2000 und wirkt insgesamt positiv auf das diesjährige Wirtschaftswachstum. Im kommenden Jahr werden dagegen die realen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen mit 3 Prozent langsamer zulegen als die Einfuhren (3½ Prozent). Folglich wird der Außenbeitrag kleiner werden als in diesem Jahr und damit konjunkturdämpfend wirken.

Das Auslandsgeschäft tendiert schon seit Jahresanfang 2001 zunehmend schleppend. Vom Dezember 2000 bis September 2001 verlor der preis- und saisonbereinigte Index der Auslandsorders reichlich 20 Indexpunkte. Bei den Investitionsgüterproduzenten beträgt der Orderrückgang sogar 25 Punkte. Zuletzt rückläufige Exportpreise signalisieren zudem verengte Ertragsmargen im Auslandsgeschäft.

Gleichzeitig blieb die für dieses Jahr annoncierte Belebung der Inlandsnachfrage aus. Hierbei spielte eine Rolle, dass zu Beginn des Jahres 2001 sich der bis dahin vergleichsweise lebhafte Beschäftigungsaufbau nicht fortsetzte. Außerdem wurden die positiven Effekte der ersten Stufe der Steuerreform durch die Verteuerung des Erdöls und die höhere Ökosteuer zu einem erheblichen Teil aufgezehrt.

Zu diesen eingetrübten Absatzperspektiven kamen wirtschaftspolitische Irritationen und Fehlentscheidungen. Dazu gehören vor allem eine mittelstandsfeindliche Steuerpolitik, ein vermehrter Gewerkschaftseinfluss auf die Unternehmenspolitik und zunehmende arbeitsmarktpolitische Regulierungen. All dies trübte die unternehmerische Stimmungslage bereits vor dem 11. September 2001 spürbar ein. Die sich danach abzeichnenden

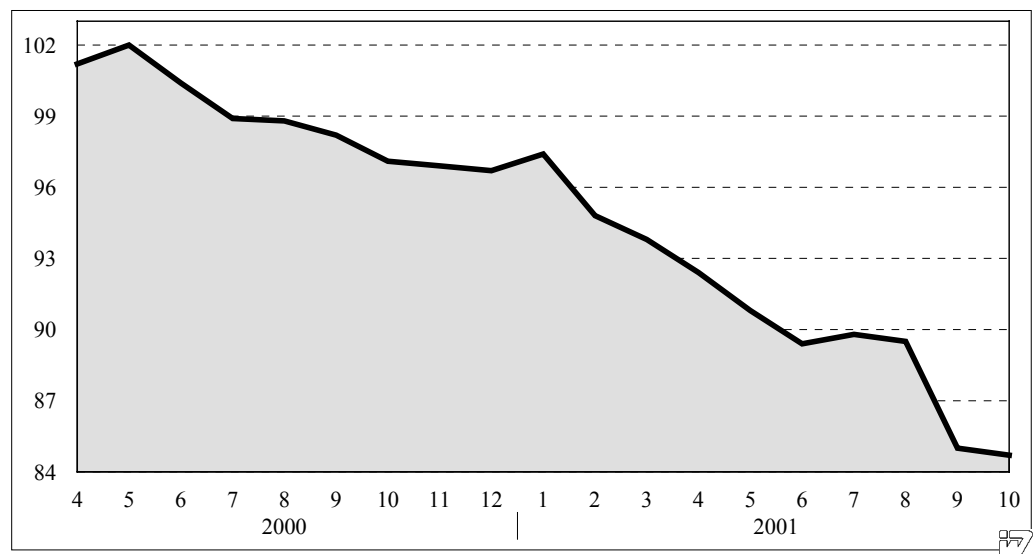
Trübes Geschäftsklima

weltwirtschaftlichen Auswirkungen der Terroranschläge ließen dann das Geschäftsklima schockartig zurückgehen (Schaubild 9). Hierbei spielt auch die Erwartung eine Rolle, dass die deutsche Volkswirtschaft wegen ihrer strukturellen Wachstumsschwäche von den externen Schocks stärker bedroht ist als andere.

Schaubild 9:

Ifo-Geschäftsklimaindex für die Gewerbliche Wirtschaft Westdeutschlands

- Saisonbereinigter Index, 1991 = 100 -



Quelle: ifo .

Verschärfte Baukrise

Die seit Mitte der 90er-Jahre in einer hartnäckigen Rezession steckende Bauwirtschaft ist einer der strukturellen Schwachstellen der deutschen Volkswirtschaft. Schaubild 10 zeigt, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion ohne den rezessiven Einfluss der Bauwirtschaft wesentlich dynamischer gestiegen wäre. Statt der in der Periode 1995/2002 registrierten Zunahme des realen BIP um 13 Prozent hätte es ohne die bremsenden Baueffekte immerhin ein 17-Prozent-Plus gegeben.

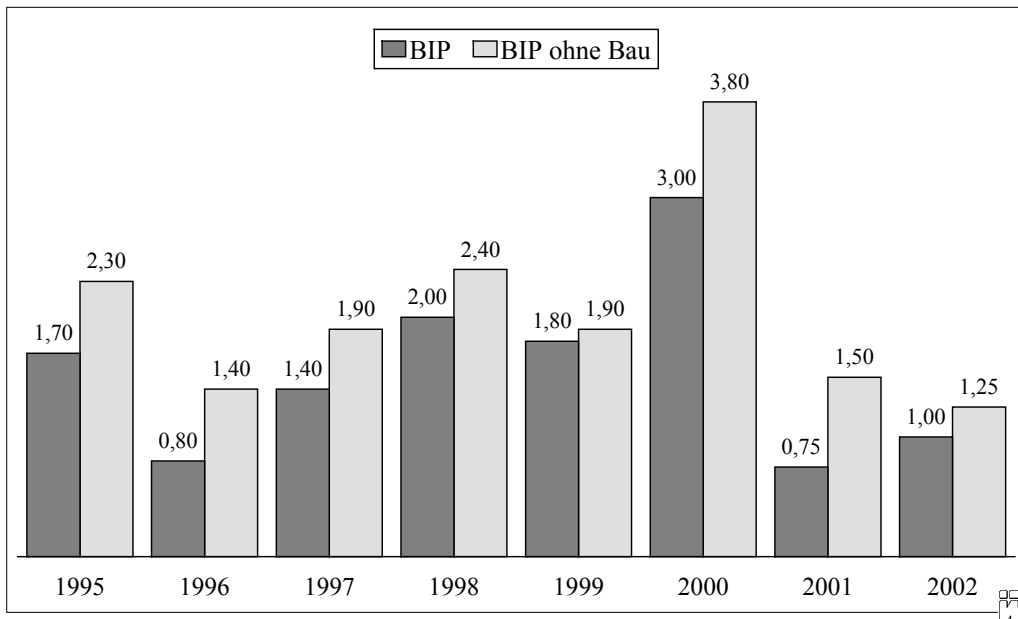
Ein internationaler Vergleich zeigt zudem, dass die Baukonjunktoren in den europäischen Nachbarländern sehr viel freundlicher tendieren als hierzulande. So sind nach Angaben des Internationalen Bauverbandes FIEC (2001) am Ende der 90er-Jahre die realen Bauinvestitionen lediglich in Deutschland gesunken, während sie im europäischen Umland zum Teil beträchtlich angestiegen sind, in Belgien beispielsweise um 3 Prozent

(1997/2001), in den Niederlanden um 4 Prozent, in Spanien um 6 Prozent und in Irland um fast 10 Prozent.

Schaubild 10:

Wachstumseffekte der Bauinvestitionen

- Veränderung gegen Vorjahr in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Bei der Suche nach den Ursachen der deutschen Baurezession liefert eine Strukturanalyse erste Hinweise. Der Anteil öffentlicher Bauinvestitionen und des privaten Wirtschaftsbaus an den gesamten nominalen Bauinvestitionen ist im Laufe der 90er-Jahre nahezu stetig zurückgegangen. So sank der Anteil des privaten Wirtschaftsbaus von reichlich 33 Prozent im Jahr 1991 auf zuletzt knapp 29 Prozent. Hierfür gibt es strukturelle Erklärungsansätze: Die im Zuge des technischen Fortschritts leistungsfähigeren und geringer dimensionierten Anlagen haben den Raumbedarf von Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen verringert. Optimierte Organisations- und Produktionsstrukturen wirkten in die gleiche Richtung.

Bei den öffentlichen Investitionen, zumindest sofern es den Straßen- und Tiefbau angeht, ziehen diese Argumente nicht. Vielmehr verlangte beispielsweise das vermehrte Verkehrsaufkommen ein deutliches Ausweiten des öffentlichen Straßenbaus. Gleichwohl ging der Anteil der öffentlichen Investitionen an den gesamten nominalen Bauinvestitionen während der 90er-Jahre von knapp 18 auf etwas unter 13 Prozent zurück. Dies legt den

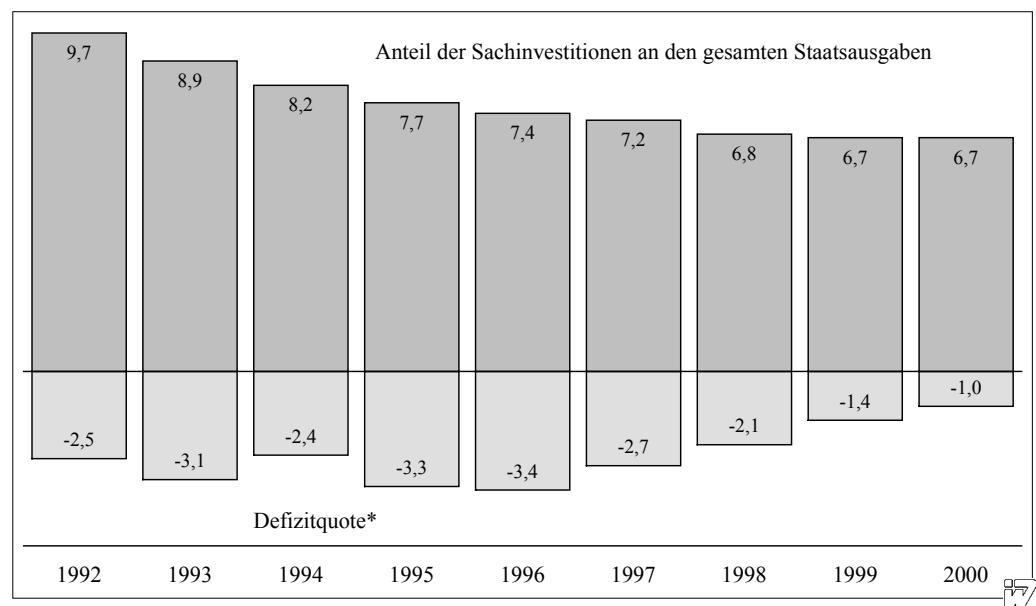
*Investitionslastige
Konsolidierung*

Verdacht nahe, dass der sinkende Anteil der öffentlichen Bauten am gesamten baulichen Investitionsvolumen mit den seit Mitte der 90er-Jahre verstärkten Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand im Zusammenhang steht.

Schaubild 11:

Investitionslastige Konsolidierung der Staatsfinanzen

- Prozentanteile -



* Finanzierungsdefizit des Staats in Prozent des BIP, 2000 ohne UMTS-Einnahmen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Jedenfalls ist der Anteil der Sachinvestitionen an den gesamten Staatsausgaben spiegelbildlich zur verringerten Defizitquote gesunken (Schaubild 11). Dies stützt die verschiedentlich geäußerte Kritik, dass die unbestritten unumgängliche Konsolidierung der Staatsfinanzen einseitig zulasten der öffentlichen Investition gegangen ist und dass dies ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die anhaltend schwache Baukonjunktur und die zunehmenden Defizite in der Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur ist. Die in diesem Zusammenhang diskutierte Ausweitung privat finanzierter und betriebener Infrastruktur (Public Private Partnership) mag in diesem Zusammenhang ein sinnvoller Ausweg sein. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass die eigentliche Konsolidierung der Staatsfinanzen, nämlich das Zurückdrängen des öffentlichen Verbrauchs, noch aussteht. Ein solches Umstrukturieren der Konsolidierung schüfe - wenn es Bestandteil eines glaubwürdigen Zukunftsprogramms würde - überdies Raum für ein fiskalisches Gegensteuern in der aktuellen Konjunkturschwäche.

Die Bauinvestitionen sind in diesem Jahr erneut schwächer gelaufen als ursprünglich vermutet. Vor Jahresfrist glaubten viele Prognostiker, dass die Baukonjunktur die lang gestreckte Talsohle durchschritten hätte. Für das Jahr 2001 erschien damals ein leichter Anstieg der realen Bauinvestitionen wahrscheinlich. Tatsächlich kam es jedoch zu einem neuerlich verschärften rezessiven Einbruch. Wahrscheinlich werden die realen Bauinvestitionen heuer das Vorjahresniveau um 5 Prozent unterschreiten. Im kommenden Jahr werden sie nochmals schrumpfen, allerdings mit 1 Prozent nicht mehr so stark wie in diesem Jahr. Das kann aber nur erreicht werden, wenn es im Verlauf des kommenden Jahres zu einer spürbaren Aufwärtsentwicklung der Bautätigkeit kommt.

Die Ausrüstungsinvestitionen stehen derzeit unter dem Druck sinkender Absatzperspektiven, unerausgelasteter Kapazitäten, schwächerer Renditen und der erheblichen Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf. In einer solchen Konstellation werden die unternehmerischen Investitionspläne mit äußerster Vorsicht gefahren. Erweiterungsinvestitionen sind kaum vorgesehen, das Rationalisierungsmotiv bekommt unter dem Eindruck wieder steigender Lohnstückkosten zunehmende Bedeutung. In diesem Jahr überschreiten die realen Ausrüstungsinvestitionen die Stagnationslinie kaum. Im kommenden Jahr ist unter der Voraussetzung einer deutlichen Aufhellung der Absatzperspektiven ein Plus von 3 Prozent erreichbar, allerdings nur dann, wenn es rasch gelingt, die weltweite Sorge vor weiteren terroristischen Anschlägen zu bannen. Nach Lage der Dinge ist dies eine zuversichtliche Annahme.

*Ausrüstungen unter
vierfachem Druck*

Vor Jahresfrist wurde für den privaten Verbrauch des Jahres 2001 ein preisbereinigter Zuwachs von etwa 2½ Prozent vorausgesagt. Im Hintergrund dieser prognostischen Zuversicht stand zum einen die erste Stufe der Steuerreform. Sie hat den Steuer- und Abgabenkeil verkleinert, ließ somit die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer erheblich rascher steigen als die Bruttoverdienste. Zum anderen wurde erwartet, dass sich der lebhafteste Beschäftigungsaufbau des Jahres 2000 in diesem Jahr fortsetzen würde. Doch stattdessen wird es in diesem Jahr bestenfalls eine stagnierende Beschäftigung geben. Die Kaufkrafteffekte der Steuerreform wurden überdies durch die infolge steigender Erdölpreise und höherer Ökosteuer zunehmende Teuerung

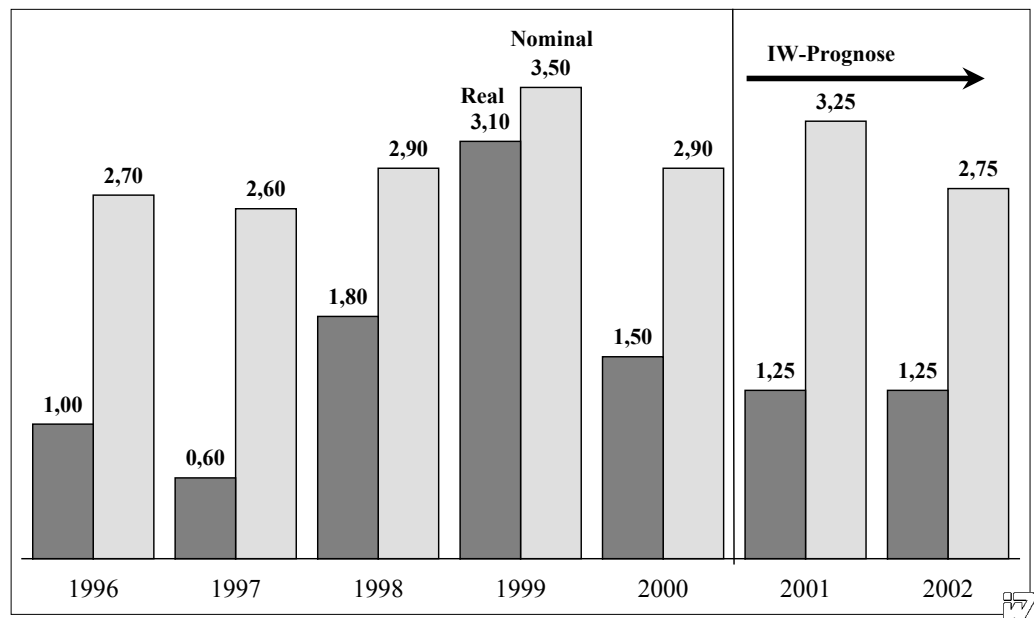
aufgezehrt. So ist das Jahr 2001 ein Beispiel dafür, dass nominal dynamisch steigende Verbrauchsausgaben bei realer Rechnung nur geringe Hebelkraft auf Produktion und Beschäftigung haben. Vergleicht man beispielsweise die Jahre 2000 und 2001, zeigt sich (Schaubild 12):

- Bei um rund $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt rascher expandierenden nominalen Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte fiel das reale Konsumplus in diesem Jahr schwächer aus als im vorigen.

Schaubild 12:

Privater Konsum in realer und nominaler Rechnung

- Veränderung gegen Vorjahr in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Preisdruck nimmt ab

Ab Mitte 2001 gehen die Teuerungsraten auf Konsumentenebene spürbar zurück. Nach einem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 2,8 Prozent im ersten Halbjahr 2001 werden es in der zweiten Jahreshälfte kaum mehr als 2 Prozent sein. Im Durchschnitt des kommenden Jahres sinkt die Teuerung auf $1\frac{1}{2}$ Prozent. Damit verkleinert sich die Lücke zwischen nominalem und realem Konsum der privaten Haushalte. Allerdings wird der nominale Zuwachs im kommenden Jahr merklich geringere Dynamik entwickeln als in diesem. Denn zum einen entstehen bei leicht sinkender Beschäftigung über den Arbeitsmarkt keine konsum- und konjunkturstimulierenden Effekte. Zum anderen steigen bei geringerer Dynamik der Brutto-Arbeitnehmerentgelte die Nettolöhne und -gehälter im

kommenden Jahr mit $\frac{3}{4}$ Prozent deutlich langsamer als in diesem ($3\frac{1}{2}$ Prozent). Dahinter steht ein wieder verbreiteter Steuer- und Abgabenteil. Dies ist vor allem auf steigende Krankenkassenbeiträge und die wieder normal greifende Progression des Einkommensteuertarifs zurückzuführen. Andererseits wachsen infolge höheren Kindergelds und steigender Arbeitslosigkeit die Transfereinkommen.

Nimmt man diese Faktoren zusammen, erscheint ein nominaler Anstieg der privaten Verbrauchsausgaben im kommenden Jahr um $2\frac{3}{4}$ Prozent und ein realer Zuwachs von $1\frac{1}{4}$ Prozent erreichbar zu sein. Bei diesen Einkommens- und Konsumtrends ergäbe sich eine verglichen mit 2001 unveränderte Sparquote von 10,1 Prozent. Hier zeigt sich ein weiteres beachtenswertes Risikofeld der Konjunkturprognose 2002:

- Wenn die derzeit von Angst und Unsicherheit geprägte Stimmungslage länger andauert als in dieser Prognose unterstellt, wird das Vorsorgespargen einen wesentlich höheren Stellenwert bekommen. Der Spielraum für die Konsumkonjunktur 2002 würde sich damit erheblich verengen.

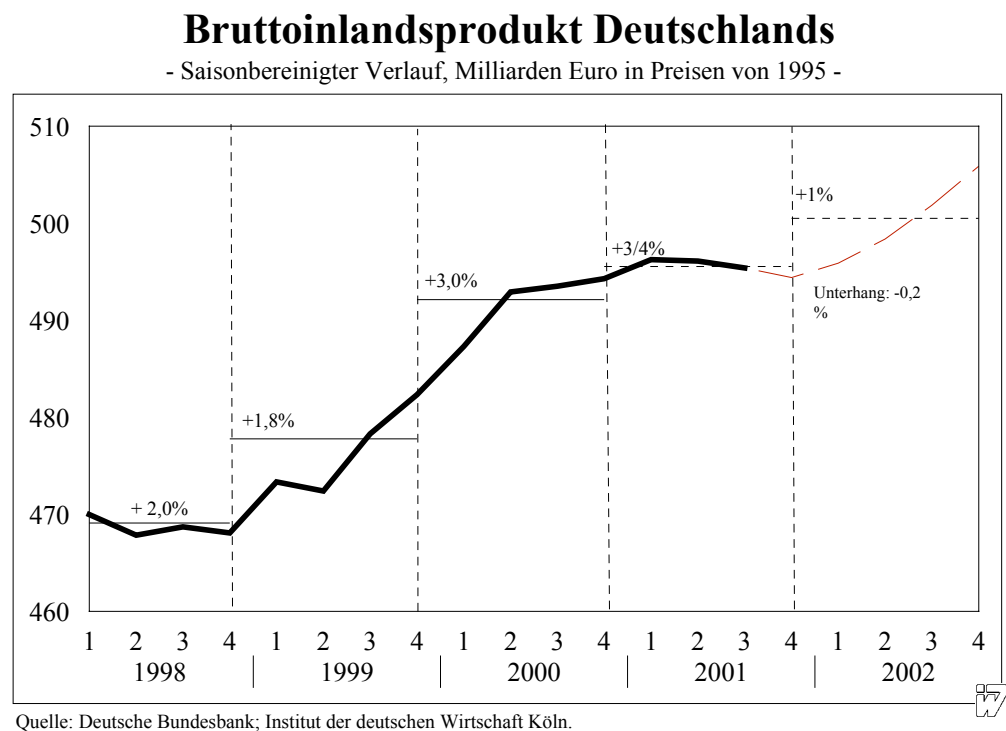
Wie bedeutsam die im Laufe dieses Jahres erforderlichen Prognoserevisionen nach unten sind, zeigt ein Blick auf die Kostenentwicklung. Im Vorfeld der diesjährigen Tarifrunden wurde ein Anstieg der Produktivität des Faktors Arbeit (BIP je Erwerbstätigenstunde) von bis zu $2\frac{1}{2}$ Prozent prognostiziert. Bei diesen Erwartungen konnten die diesjährigen Tarifabschlüsse als relativ moderat und damit beschäftigungsförderlich eingestuft werden (Lesch, 2001). Tatsächlich hat sich aber die Konjunktur im Jahresverlauf deutlich abgekühlt mit entsprechend negativen Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung: Für den Durchschnitt des Jahres 2001 wird es lediglich einen Produktivitäts-Anstieg (reales BIP je Erwerbstätigenstunde) von $1\frac{1}{2}$ Prozent geben. Vor diesem Hintergrund erweist sich der diesjährige Lohnzuwachs alles andere als moderat. Erstmals seit 1995 sind die Lohnstückkosten mit 1,7 Prozent wieder nennenswert angestiegen. Dies hat die Personaldispositionen der Unternehmen und ihre internationale Wettbewerbskraft negativ beeinflusst.

Fasst man die skizzierten Trends der einzelnen Nachfrageaggregate zusammen, zeichnet sich für das laufende Jahr ein Wachstum des realen BIP von

*Schwaches
Wirtschaftswachstum*

etwa $\frac{3}{4}$ Prozent ab. Für 2002 erscheint ein 1-Prozent-Plus erreichbar (Schaubild 13). Weil das laufende Jahr gemäß dieser Prognose mit einem statistischen Unterhang endet, ist dieses Wirtschaftswachstum nur zu realisieren, wenn sich gleich zu Anfang des kommenden Jahres ein recht zügiger Aufschwung durchsetzt. Im Jahresverlauf müsste ein Produktionsanstieg von knapp $2\frac{1}{2}$ Prozent erreicht werden.

Schaubild 13:



Entstehungsrechnung

Wechselt man die Blickrichtung von der bislang dokumentierten Nachfrage-seite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die Produktionsebene, fallen die prognostischen Befunde ähnlich aus. An der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung haben drei große Sektoren wesentlichen Anteil: die Bauwirtschaft, die Industrie und die Dienstleistungen.

Synchron zur verstärkt rückläufigen Nachfrage nach Bauleistungen ging die Produktion der Bauwirtschaft auf Talfahrt. Im September 2001 lag sie im saisonbereinigten Verlauf um 13 Prozent unter dem Ende 2000 registrierten Niveau. Gemessen an der Bruttowertschöpfung erscheint für den Durchschnitt dieses Jahres ein Produktions-Minus von rund 10 Prozent unvermeidbar. Im kommenden Jahr wird die Bauproduktion nochmals sinken, allerdings mit weniger als 5 Prozent nicht mehr ganz so stark wie in diesem.

Die Industrieproduktion ist im Frühjahr 2001 auf steile Talfahrt gegangen. Seit Februar summiert sich das Minus auf saisonbereinigt gut 7 Prozent. Das bis zum Sommer noch vergleichsweise gute Exportgeschäft im Automobilbau und in einigen Sparten des Maschinenbaus hat Schlimmeres verhindert. Ebenfalls flankierend wirkte die Tatsache, dass viele Unternehmen auf den Nachfragerückgang mit einer Produktion auf Halde reagierten. Im weiteren Verlauf dieses Jahres verloren diese stabilisierenden Faktoren ihren Einfluss. Die reale Wertschöpfung der Industrie, die 2000 noch ein Plus von 5,4 Prozent erreichte, wird im Durchschnitt dieses Jahres leicht unter der Stagnationslinie liegen. Allein schon wegen des statistischen Unterhangs wird es auch im kommenden Jahr ein Minus geben.

Der Dienstleistungssektor hat während der gesamten 90er-Jahre mit einem 3-Prozent-Wachstumstrend konjunkturstützend gewirkt. Nun kann er sich der synchronen Rezession von Industrie und Bauwirtschaft nicht mehr entziehen. Hierfür stehen allein schon die merklich gekürzten Werbe-, Beratungs- und Reiseetats der warenproduzierenden Wirtschaft. So werden die Dienstleister in diesem und im kommenden Jahr mit einem Zuwachs von 2 Prozent spürbar unter dem mittelfristigen Trend liegen.

Gleichwohl ist es diesem Sektor zu verdanken, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion noch im Plus liegt, um $\frac{3}{4}$ Prozent in 2001 und um 1 Prozent in 2002. Differenziert man diese Prognose nach West- und Ostdeutschland, werden sowohl in diesem wie im kommenden Jahr die neuen Länder ungünstiger tendieren als die alten. 2001 wird die ostdeutsche Wirtschaft stagnieren, im kommenden Jahr um etwa $\frac{1}{2}$ Prozent wachsen. Der Aufholprozess bleibt somit unterbrochen.

Der Arbeitsmarkt reagierte als Spätindikator auf die zu Jahresbeginn gestartete konjunkturelle Talfahrt mit der üblichen zeitlichen Verzögerung: Im Juli 2001 unterschritten die Beschäftigtenzahlen das Vorjahresniveau, im August waren die Arbeitslosenzahlen wieder größer als im Vorjahr. Die Zahl der offenen Stellen und der Kurzarbeiter, die das Geschehen am Arbeitsmarkt konjunkturnäher beleuchten, unterstreichen die eingetrübten Arbeitsmarktperspektiven. Im Oktober 2001 wurden 20 Prozent weniger of-

*Arbeitslosigkeit
steigt wieder*

fene Stellen gemeldet als vor Jahresfrist, die Zahl der Kurzarbeit war fast doppelt so hoch wie im Jahr zuvor.

Bei der deutlichen Verschlechterung der Arbeitsmarktdaten im Oktober haben sich die Terroranschläge nach Aussagen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) bislang noch keine Rolle gespielt. Dies wird erst im weiteren Jahresverlauf der Fall sein.

Damit zeichnet sich ab, dass im kommenden Winter die Zahl der Arbeitslosen die 4-Millionen-Marke wieder übersteigen wird. Für den Durchschnitt des Jahres 2001 ergeben sich nach BA-Abgrenzung 3,85 Millionen Arbeitslose, also nur unwesentlich weniger als im Vorjahr (Tabelle 3).

Tabelle 3:

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung

	2000	2001	2002	2001	2002	2001	2002
	Absolut			Veränderung gegenüber Vorjahr			
				in Prozent		Absolut	
Erwerbstätige im Inland (1.000)	38.706	38.705	38.630	0	-0,2	-1	-75
Arbeitszeit (in Stunden)	1.482	1.471	1.465	-0,7	-0,4	-11	-6
Arbeitsvolumen (in Mrd. Std.)	57,35	56,94	56,59	-0,7	-0,6	-0,41	-0,34
Produktion (in Preisen von 1995)							
Euro je Erwerbstätigen	50.858	51.231	51.843	0,7	1,2	373	612
Euro je Erwerbstätigenstunde	34,32	34,83	35,39	1,5	1,6	0,50	0,56
BIP (Mrd. Euro in Preisen von 1995)	1.968,5	1.982,9	2.002,7	0,75	1	14,4	19,8
nachrichtlich:							
Erwerbslose nach ILO (1.000)	3.133	3.098	3.168	-1,1	2,3	-35	70
Erwerbslosenquote	7,5	7,4	7,6				
Registrierte Arbeitslose (1.000)	3.889	3.850	3.950	-1,0	2,6	-39	100
Arbeitslosenquote	9,1	9,0	9,3				

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Der im Jahr 2000 so erfreuliche Trend sinkender Arbeitslosigkeit ist somit ins Stocken geraten und hat sich zuletzt sogar wieder umgekehrt. Dabei verharrt die aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und die berufliche Weiterbildung werden zwar leicht zurückgeführt. Doch die traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen (öffentlich geförderte Beschäftigung), die berufliche Erstausbildung

Nichtqualifizierter und die sogenannte "freie Förderung" wurden dagegen aufgestockt.

Für die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr sind folgende Ausgangsdaten und Annahmen bedeutsam:

- Die demographische Entlastung des Arbeitsmarktes wird durch Zuwanderung und vermehrte Erwerbsneigung kompensiert.
- Die geleisteten Arbeitszeiten werden nochmals sinken. Kalenderbedingt gibt es bei den potenziellen Arbeitstagen gegenüber 2001 zwar keine nennenswerten Änderungen. Tarifliche Arbeitszeitverkürzungen sind gleichfalls nicht zu erwarten. Wohl aber können in betrieblichen Einzelfällen Arbeitszeiten gekürzt werden. Außerdem steigt der Anteil der Teilzeitarbeit im Trend an. Das im Jahr 2001 eingeführte Teilzeit- und Beschäftigungsgesetz wird diesen langfristig angelegten Aufwärtstrend nicht verstärken (Klös/Schäfer, 2000).
- Die Prognose geht von moderaten, beschäftigungsförderlichen Tarifabschlüssen aus. Doch die Personalzusatzkosten bleiben auf hohem Niveau. Über die Krankenversicherung droht sogar ein weiterer Anstieg. Die steigenden Arbeitslosenzahlen öffnen bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung kein Sparpotenzial und die Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben bestenfalls konstant.
- Der Umfang der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen soll laut BA-Haushaltsentwurf auf Vorjahresniveau bleiben. Diesem Ansatz unterliegt allerdings die vergleichsweise optimistische Konjunkturprognose der Bundesregierung. Das Job-Aktiv-Gesetz wird den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Mittel nicht wesentlich verändern.

Unter diesen Prämissen werden die Arbeitslosenzahlen bis weit in das Jahr 2002 hinein deutlich ansteigen. Erst in der zweiten Jahreshälfte werden sie wieder zurückgehen. Im Durchschnitt des kommenden Jahres liegt die Arbeitslosenzahl um 100.000 über dem diesjährigen Niveau und damit nur knapp unter 4 Millionen. Das Ziel der Bundesregierung, die Arbeitslosigkeit bis zur Bundestagswahl auf 3,5 Millionen zu drücken, wird damit massiv

*Regierung verfehlt
ihr Arbeitsmarktziel*

verfehlt. Auch die Zahl der Erwerbstätigen geht weiter zurück, nämlich um 75.000, das sind 0,2 Prozent. Vor dem Hintergrund des schwachen Wirtschaftswachstums fällt dieser Rückgang vergleichsweise gering aus. Denn viele Unternehmen gehen von einem nur kurzfristigen Konjunkturreinbruch aus und halten deshalb vorläufig den Personalstand.

Nach der international üblichen ILO-Systematik fällt der Anstieg der Arbeitslosigkeit etwas schwächer aus als im Spiegel der BA-Statistik. Das liegt daran, dass in der BA-Statistik immer noch viele Arbeitslose auftauchen, die faktisch nicht mehr für den Arbeitsmarkt verfügbar sind, beispielsweise weil sie auf die Rente warten oder nur übergangsweise arbeitslos gemeldet sind.

Die Zahl der offenen Stellen wird in der ersten Hälfte des kommenden Jahr weiter zurückgehen und erst in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht ansteigen. Aufgrund eines Mismatch und wegen fehlerhafter Anreize werden weiterhin 150.000 bis 200.000 offene Stellen gemeldet. Bei einer Meldequote von 35 Prozent entspricht dies etwa 500.000 unbesetzten Arbeitsplätzen.

Die Konjunkturschwäche wird somit den Arbeitsmarkt im Laufe des kommenden Jahres voll treffen. Hierbei spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass in den vergangenen Jahren die drängenden arbeitsmarktpolitischen Reformen nicht in Angriff genommen worden sind. Die im internationalen Vergleich ohnehin zu hohe Regulierungsdichte ist in jüngster Zeit von der Bundesregierung in einigen Bereichen sogar noch vergrößert worden.

Prognoserisiken

Für die Arbeitsmarktperspektiven ist selbstverständlich der weitere Konjunkturverlauf entscheidend. Das für das kommende Jahr prognostizierte Wirtschaftswachstum von 1 Prozent ist aber nur unter folgenden Prämissen erreichbar:

- Es kommt zu keinen weiteren Terroranschlägen, der Anti-Terror-Kampf bleibt zeitlich und räumlich begrenzt.
- Der Weltmarktpreis für Erdöl bewegt sich in der Marge zwischen 20 und 25 Dollar je Barrel.

- Es kommt zu keiner nennenswerten Abwertung des US-Dollars.
- Die anstehenden Tarifverträge berücksichtigen die veränderte Konjunktursituation und führen zu beschäftigungsorientierten Abschlüssen.

Geprägt wird diese Prognose allerdings von der Annahme, dass die von Ängsten und Unsicherheiten dominierte Stimmungslage der Investoren und Verbraucher bald von einer größeren Zuversicht abgelöst wird. Hierzu gehört, dass sich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten rasch und glaubhaft als Garanten weltweiter Sicherheit beweisen.

In diesem äußerst labilen konjunkturellen Umfeld machen bereits geringfügige Abweichungen vom Prämissenkatalog spürbare Prognosekorrekturen erforderlich. Die hier vorgelegte Prognose muss insofern als zuversichtlich eingestuft werden, als der Beginn eines neuen Aufschwungs bereits auf das erste Quartal 2002 datiert worden ist. Zeigt der Anti-Terror-Kampf bis dahin keine überzeugenden Erfolge, wird sie unwahrscheinlich:

- Verlagert sich der Beginn der konjunkturellen Erholung auf das zweite Quartal des kommenden Jahres, ist für das gesamte Jahr 2002 nur noch ein 0,5-Prozent-Zuwachs des realen BIP erreichbar. Die Zahl der Arbeitslosen würde dann auf etwa 4¼ Millionen steigen.
- Bei einer Verzögerung um ein weiteres Quartal müsste für Deutschland eine Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion prognostiziert werden. In diesem ungünstigsten Fall könnten es 4½ Millionen Arbeitslose geben.

Derzeit wird heftig darüber diskutiert, welchen Beitrag die Wirtschaftspolitik leisten kann, um die akute Konjunkturschwäche zu überwinden. Bei der Suche nach Antworten muss im Blick bleiben, dass nach dem 11. September 2001 psychologisch geprägte Faktoren konjunkturdominant geworden sind. Wichtigstes Anliegen muss deshalb sein, die Erwartungen von Verbrauchern und Investoren zu stabilisieren. Ein keynesianischer Aktionismus, also ein Verabschieden hektisch geschnürter Ausgabenpro-

*Wachstumspolitische
Herausforderung*

gramme schafft das nicht. Wohl ist aber eine glaubwürdige und dauerhaft angelegte Wachstumspolitik situationsgerecht. Dazu gehört unter anderem:

- Ein baldiges und nachhaltiges Senken der Steuer- und Abgabenlast. Hierzu passt ein Vorziehen der bereits geplanten Stufen der Steuerreform.
- Das Festhalten an der Konsolidierung der Staatsfinanzen, verbunden mit einem Umschichten von den konsumtiven zu den investiven Etatposten.
- Ein mutiges Reformieren des überregulierten Arbeitsmarktes.
- Weitere Reformen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, vor allem im Gesundheitswesen, mit der verbindlichen Zusage, dass die Sozialbeiträge mittelfristig wieder gesenkt werden.

Die Europäische Zentralbank beherrscht offenbar die schwierige Balance zwischen einer Politik, die einerseits für Stabilität des Euro und für Vertrauen in die junge Gemeinschaftswährung sorgt, andererseits aber auch so weit wie möglich konjunkturelle Rücksicht nimmt. Dies hat sie mit ihren jüngsten zinspolitischen Entscheidungen nachgewiesen und damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der labilen Wirtschafts- und Stimmungslage geleistet.

November 2001

Jörg Beyfuß
Michael Grömling
Holger Schäfer

Literatur:

Beyfuß, Jörg und Michael Grömling, 1999, Konjunkturelle Schwankungsanfälligkeit der deutschen Wirtschaft und der europäische Konjunkturverbund, in: iw-trends, 26. Jg., Heft 1, S. 5 - 20.

Beyfuß, Jörg und Michael Grömling, 2001, Deutsche Wirtschaftsperspektiven im Schatten hoher konjunktureller Störanfälligkeit, in: iw-trends, 28. Jg., Heft 2, S. 5 - 20.

Grömling, Michael, 2001, Makroökonomische Wirkungen der Euro-Umstellung, in: Börse Now, Nr. 15, S. 72 - 73.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2001, Hoffen trotz Schock, iwd-Nr. 39, S. 4 - 5.

Klöß, Hans-Peter und Holger Schäfer, 2000, Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung, Arbeitsmarktrelevanz und Gefahren einer Reregulierung, in: iw-trends, 27. Jg., Heft 4, S. 74 - 88.

Lesch, Hagen, 2001, Beschäftigungswirkungen einer moderaten Lohnpolitik, in: iw-trends, 28. Jg., Heft 4.

Verband der europäischen Bauwirtschaft (FIEC), 2001, Die Bautätigkeit in Europa, Brüssel.

The German Economy in 2002: A Forecast

The terrorist attacks of September 11 have plunged the already tumbling world economy into a severe economic downturn. The American economy has fallen into recession. This affects the other regions of the world economy. Eroded household and business confidence will only recover if the threat of terrorist strikes appears to be effectively banned. Until then it will remain difficult to forecast the future of the world economy. Because of its structural economic weaknesses Germany is hit harder by the global economic shocks than other countries. In the second half of 2001 output will stagnate. Year on year GDP will rise by three-quarter of one per cent. In 2002, growth may reach one per cent if the upturn starts in the first quarter. In that case employment will decrease by 75,000 and unemployment will increase by 100,000. This will not happen if the war against terrorism does not show convincing success until then. If the recovery does not gain steam until the summer growth will stagnate and the number of unemployed will rise to 4.5 million.

iw-focus